

Pocking: Scharia-Schulregeln für den sensiblen Umgang mit muslimischen Asylfordernden



Im niederbayerischen

Pocking wird jetzt aus der Dreifachturnhalle des [Wilhelm-Diess-Gymnasiums](#) eine Notunterkunft für 200 asylfordernde syrische Flüchtlinge, darunter viele Familien. Am 23. Juni ist die Halle bezugsfertig. Das aktuelle Schulgelände (Aufenthaltsbereich für Schüler während des Schulbetriebs) beschränkt sich ab sofort auf den Schulgarten. Die Fahrradhalle neben der Turnhalle ist gesperrt. Im Schulgarten sind die Schüler sicher, da dürfen die Moslems nicht hin.

Natürlich handelt es sich nur um eine vorübergehende Situation, und es wird angekündigt, dass der Schulbetrieb mit Beginn des Schuljahrs 2015/16 wieder normal laufen sollte und die Notunterkünfte bis dahin aufgelöst würden. Wer das glaubt, leidet ebenso an Realitätsverlust wie die Verfasser des letzten Rundschreibens an Eltern und Schüler.

Im 6. Allgemeinen Elternrundschreiben für die 5. bis 11. Jahrgangsstufe werden diese eingehend über die Fluchtgründe der syrischen Neubürger informiert. Dann wird erklärt, wie was und wo alles funktioniert beziehungsweise nicht funktioniert.

Ganz wichtig sind auch die vorgeschriebenen Regeln für den Umgang mit den traumatisierten Flüchtlingen, denen sich die Kuffar (laut Koran Ungläubige/Lebensunwerte) nach Anordnung der Verfasser des schariakonformen Rundschreibens zu unterwerfen haben.

[Hier heißt es – man höre und staune – doch tatsächlich:](#)

„Welches Verhalten gegenüber den Asylbewerbern ist angebracht?“

Die syrischen Flüchtlinge sind mehrheitlich Muslime und sprechen arabisch. Die Asylbewerber sind von ihrer eigenen Kultur geprägt.

Da unsere Schule in direkter Nachbarschaft ist, sollte eine zurückhaltende Alltagskleidung angemessen sein, um Diskrepanzen zu vermeiden. Durchsichtige Tops oder Blusen, kurze Shorts oder Miniröcke könnten zu Missverständnissen führen.

Ein direktes „Anlotzen/Begaffen“ oder das Fotografieren sollte unbedingt vermieden werden, bitte respektiert die Menschenwürde. Abfällige oder rassistische Äußerungen können in keinster Weise geduldet werden.

Bedenken Sie bitte, syrische Asylanten sind Kriegsflüchtlinge und sind teilweise traumatisiert. Wir sollten ihnen gegenüber respektvoll auftreten und Unterstützung anbieten, denn alle Kinder/Menschen verdienen eine Zukunft.“

Zusammenfassung: Platz machen und Maul halten oder am besten ganz schnell zum Islam konvertieren, dann schafft man auch das Abi spielend inschallah! (VB)

Kontakt:

Wilhelm-Diess-Gymnasium
Schulleiter OStD Martin Thalhammer

Dr.-Karl-Weiß-Platz 2, 94060 Pocking

Tel: 08531/91760

Fax: 08531/917650

E-Mail: schule@wdg-pocking.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)



**München: Verhunzung des
Stadtwappens zur
Unterstützung von
„Flüchtlingen“**



Die Münchner Agentur Martin et Karczinski führt ihre Aktion „Mia san mehr“ fort. Das Münchner Kindl wird hierbei mit dem Islam-Halbmond verhunzt, der sich wie eine Schlinge um seinen Hals legt. Welch treffende Symbolik! Was Anfang März als Gegengewicht zu den Demonstrationen von Bagida gestartet und in der Stadt großflächig plakatiert wurde ([PI berichtete](#)), wird jetzt zur Shopping-Maßnahme ausgeweitet: Der Gutmensch kann nun diverse Produkte mit dem islamisierten Kindl-Symbol zum Preis von 45 Euro kaufen, um mit dem Anteil von 17 Euro den „Flüchtlingen“ eine Ausbildung auf Haupt- und Mittelschul-Niveau zu finanzieren. Nach dem Motto: Am deutschen Bildungswesen soll die Welt genesen..

(Von Michael Stürzenberger)

Auf der Facebookseite der [Agentur Martin et Karczinski](#) ist zu lesen:

Unser redesigntes Münchner Stadtwappen ›Open Kindl‹ hat es aus der bayerischen Landeshauptstadt bis in die Hamburger Redaktion PAGE geschafft. Die aktuelle Ausgabe des Branchenmagazins berichtet über das ›Open Kindl‹ als Key Visual unserer Kampagne ›Mia san mehr‹ und über den aktuellen Aufruf von Peter Martin an alle Bürger, ihr eigenes Wappen

als Toleranz-Signet für ihre Stadt zu entwerfen.

Auf der Internetseite der „Mia san mehr“-Initiative ist das [verhunzte Stadtlogo](#) in seiner vollen Peinlichkeit zu sehen. Dabei steht der, zumindest was den Islam betrifft, völlig faktenignorierende und geradezu suizidäre Gutmenschentext:

Die Vielfalt der Weltanschauungen macht München lebenswert. Buddhismus, Christentum, Hinduismus, Islam und Judentum sind eine Bereicherung. One Munich – für eine weltoffene Stadt.

Wer auf Frauenunterdrückung, körperliche Züchtigungen, Steinigungen, Kopfab schneiden, Kreuzigen, Handabhacken und sonstige typisch islamische Erscheinungen steht, ist diese „Religion“ mit Sicherheit eine „Bereicherung“. Die ganz Toleranten dürfen [im Shop](#) ein Utensilien-Set mit Rucksack, Stift, Schuhlöffel und diversen Abzeichen bestellen. Der Normalpreis beträgt 28 Euro, mit sattem Aufschlag für die „Flüchtlings“-Ausbildung bei der sogenannten [SchlaU-Schule](#) 45 Euro, zuzüglich Versand. So wird bei dem deutschen Gutmensch-Trottel für die „gute Sache“ abgesahnt.

Dabei stellt sich auch die Frage, ob es einer GmbH überhaupt vorrangig um Flüchtlingshilfe geht, oder ob die GmbH in erster Linie Reibach machen will. Es stellt sich außerdem die Frage, weswegen die Landeshauptstadt München die Benutzung eines „Open Kindls“ ausgerechnet einem üblicherweise gewerblich mit Gewinnerzielungsabsicht tätigen Privatunternehmen (Werbeagentur) gestattet, welches obendrein offensichtlich nicht abgeneigt wäre, sich beim Deutschen Patent- und Markenamt ein zeitlich unbegrenzt verlängerbares Monopolrecht zu beschaffen, wie aus diesem Auszug aus dem Markenregister ersichtlich:



Informationen

zur Markenmeldung 3020150301876, Stand 23.06.2015

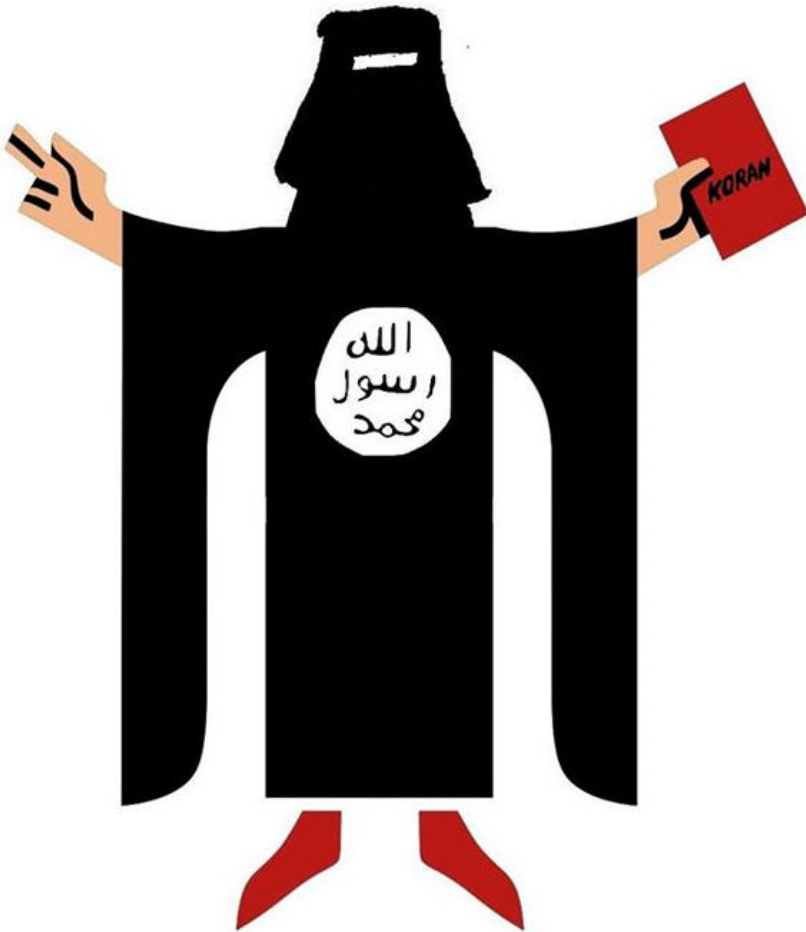
[-----] Datenbestand: DE
[210] Aktenzeichen: 3020150301876
[540] Wiedergabe der Marke



[550] Markenform: Bildmarke
[220] Anmeldetag: 23.02.2015
[730] Anmelder: Martin et Karczinski GmbH, 80636 München, DE

Diese am 23.02.2015 eingereichte Markenmeldung wurde zwar zurückgenommen, so dass hieraus kein Markenschutz entstehen wird. Dies ist vermutlich jedoch eher dem Umstand geschuldet, dass die Landeshauptstadt München seinerzeit die Benutzung des „Open Kindls“ untersagte. Immerhin jedoch ist die versuchte Anmeldung ein Indiz dafür, dass es dieser Werbeagentur ganz recht wäre, später und gegebenenfalls auch entgegen (!) dem Willen der Landeshauptstadt München beliebige andere Unternehmen, Organisationen und engagierte Einzelpersonen von diesem „Open Kindl Business“ ausschließen zu können.

Die konsequente Fortführung dieser Unterwerfung unter den Islam dürfte dann vermutlich so aussehen:



Seine Meinung zu dieser Aktion kann man den Herren [Martin und Karczinski](#) von der gleichnamigen Agentur unter dieser Email-Adresse sachlich mitteilen:

» info@martinetkarczinski.de

Das Münchner CSU-Mitglied und PI-Leser Martin Weidhaas hat bereits einen Brief verschickt:

Sehr geehrter Herr Martin,

ich will Ihnen Ihre gute Absicht nicht absprechen. Aber gut gemeint ist oft nicht gut gemacht. Damit meine ich nicht Ihre handwerkliche Arbeit, sondern die ideelle Verfremdung des Münchner Wappens. Etymologisch geht der Stadtname Münchens zurück auf ein ehemaliges Mönchskloster. Es ist für meine Begriffe schlimm genug, daß aus dem Mönchs-Kindl vor ca. 100

Jahren ein Nonnen-Kindl mit roten Schuhen wurde, wohl ein früher Kniefall vor dem feministischen Zeitgeist. Zu erkennen war diese Änderung jedoch kaum, weshalb sie m. W. von den Bürgern nicht wirklich beanstandet wurde.

Ich sehe es jedoch als grobe Verhuzung, ein originär christlich-mönchisches Stadtwappen mit allen möglichen Religionen zu vermischen, um nicht zu sagen zu verpfuschen. Mir ist nicht bekannt, daß die dargestellten fünf Religionen und die Stadt München als Inhaberin des Wappens je ihr Einverständnis mit dieser Vereinnahmung gegeben haben. Sie haben den islamischen Halbmond um den Hals des Kindls gelegt, geradezu eine Andeutung der zu erwartenden Strangulierung, wenn der Islam München erst mal fest im Griff hat. Die Sichel am Hals des Kindls könnte auch ein makabrer Hinweis auf die Schächtungen sein, die auf die Münchner Bürger zukommen könnten, wie sie schon heute zigtausendfach im IS, in Nord-Ost-Nigeria oder in Somalia vor allem an Christen exekutiert werden. Ihre Mondsichel unterhalb des Halses hat mir einen großen Schrecken eingejagt und sie beängstigt mich noch jedes Mal, wenn ich nur hinschaue. Es reicht, daß wir nahezu täglich Schächtungen im Namen des Islam in den Nachrichten ertragen müssen.

Ebenso falsch dargestellt ist der Judensterne. Er ist kein Weihnachtsplätzchen in Sternform mit ausgestochenem Rundloch und hat nichts auf dem Kindl verloren. Ich rege an, es den Münchner Juden selber zu überlassen, ob und wie sie ihre Verbundenheit mit München zum Ausdruck bringen wollen.

Das Gekritzelt auf dem Eidbuch in der linken Hand des Kindls ist für niemanden verständlich und gehört dort nicht hin. Hinduistische und buddhistische Bürger üben keinerlei prägenden Charakter auf München aus und legen sicherlich auch keinen Wert auf eine gekritzeltete Marginaldarstellung im Münchner Kindl.

Das Münchner Kindl ist gebunden an seine mönchische Herkunft.

Schon deshalb hat fremde Symbolik nichts darauf verloren. Obendrein könnten orthodoxe Moslems sich zu Droh- und Verwünschungsfatwas gegen Sie oder z.B. die Stadtregierung provoziert sehen, wenn sie erst mal gewahr werden, daß ihr geheiligter Halbmond auf den Bierfilzln in den Biergärten und den Oktoberfestzelten zigtausendfach mit alkoholhaltigem Tropfbier verkleckert wird.

Allenthalben wird den Moslems Kultursensibilität von der christlich-jüdisch-abendländischen Gesellschaft erwiesen, sei es in den schweinfleischfreien Kantinen, beim Sportunterricht in den Schulen, den Frauenbadetagen oder dem Verschwinden der Sparschweine. Es ist höchste Zeit, daß auch wir als Münchner, als Bayern und als Deutsche die gehörige Sensibilität für unsere wunderbare Kultur einfordern, unbedingt wenigstens aus den eigenen Reihen!

Fazit: Sie haben schlechthin die Münchner Bürger verletzt und die Moslems beleidigt. Bitte entfernen Sie ihre Verhunzungsplakate aus der Stadt. Eine glaubwürdige Entschuldigung sollte zeitnah erfolgen. Von einer professionellen Markenberatungsfirma wie Ihnen darf mehr erwartet werden als ein unreflektierter Buntmix, nämlich geistreiche Kreativität und Genialität. Ich ersuche um Ihre Bestätigung, daß Sie die Verhunzung und eigenmächtige Kommerzialisierung unseres geliebten Münchner Kindls sofort beenden.

Mit freundlichen Grüßen,

Martin Weidhaas

Wer auch der Meinung ist, dass der Islam keinesfalls eine Bereicherung, sondern vielmehr eine existentielle Bedrohung ist, und wer die Verhunzung des Münchner Kindls ebenfalls empörend findet, sollte sich an die Tastatur begeben und der verantwortlichen Agentur eine email schicken..

Dr. Alfons Proebstl (74): Psychose

Macht zeigt nicht den Charakter – sie verändert ihn! Hallo liebe Ladies und Germanies, ja jetzt ist's wieder soweit: All you can eat after eight! Der Ramadan ist da! Dumm ist's diesmal, weil die Tage sehr lang sind, und der Mohammedaner nur vor bzw. nach dem Sonnenuntergang essen und trinken darf. Wie wir ja wissen, meinen die Politiker, dass der Islam zu uns gehört! Das bayerische Fernsehen hat sofort reagiert und ein großes [Ramadan-Logo in das Programm](#) eingeblendet. Die Regierung hat natürlich auch sofort einen „Wegweiser“ für Arbeitgeber herausgegeben, wie man seine Firma an die Bedürfnisse der Mohammedaner anpassen sollte...

» [Facebook](#)-Seite / [Youtube](#)-Kanal / Email: kontakt@dr-proebstl.at

Das Terrordiktat der „Vielfältigkeit“ und „Buntheit“



Was vor wenigen Jahrzehnten kaum bis gänzlich nicht vorhanden war, waren „interkulturelle Veranstaltungen“ jedweder Art. Zumeist beschränkten sich diese auf kulinarische Delikatessen aus aller Herren Länder und hatten keinen politischen oder religiösen Hintergrund. Es waren in der Regel informelle Veranstaltungen im kleinen Rahmen ohne jegliche politische oder gesellschaftliche Botschaft. Dies hat sich jedoch insbesondere in den letzten zwei Dekaden schlagartig geändert.

(Von AlphaCentauri)

Es geht längst nicht mehr um einen informellen und freiwilligen Austausch und gegenseitiges Kennenlernen, sondern um eine ungewollte Pflichtveranstaltung, die omnipräsent ist. In Schulen, an Universitäten, und selbst vor Kindergärten und Kitas machen die Ideologen der „Buntheit“ nicht halt und torpedieren die Menschen mit ihrer Multi-Kulti-Ideologie. Auf Werbeprospekten, Flugblättern und selbst in kommerziellen Werbungen sind Menschen mit „buntem und fröhlichem Migrationshintergrund“ – vornehmlich Afrikaner und Orientalen – mittlerweile kaum mehr wegzudenken.

Zudem entpuppen sich die heutigen „interkulturellen“ Veranstaltungen im Nachhinein stets als monokulturelle Indoktrinations- und Verschleierungsprogramme, die darauf abzielen, das Denken und die Sichtweise der Bevölkerung nachhaltig zu beeinflussen. Ohnehin haben derartige „Aufklärungs- und Kennenlernveranstaltungen“ nichts mit gegenseitigem Kennenlernen und Erfahrungsaustausch zu tun. Faktisch alle zielen darauf ab, die Gegenseite zu täuschen, um die eigenen Interessen durchzusetzen – und man fragt sich zurecht, was die Multi-Kulti-Anhänger und Mohammedaner eigentlich von der Gastbevölkerung lernen und kennenlernen wollen...? Oder ist dies eher eine intellektuelle Einbahnstraße?

Hinzu kommt, dass Kritik und offene Diskussionen und die Behandlung von bekannten Problemen in der Realität nahezu unmöglich sind. Es darf nur darüber diskutiert werden, was erlaubt ist. Ein Abweichen vom Diskussionsfaden ist de facto nicht erlaubt und wird gerne und häufig auf „vielfältige Weise“ sanktioniert...

Aber es ist nicht nur diese Form der Indoktrination, mit der die Bevölkerung europaweit konfrontiert, ja geradezu genötigt wird. Vor wenigen Wochen haben wir erleben dürfen, wie eine Minderheit in Irland seine Interessen auf beispielhafte Weise hat durchsetzen können.

Homosexuelle sind nun faktisch auf einer Ebene mit der natürlichen Form der Partnerschaft. Und man darf gespannt sein, was als nächstes eingefordert und umgesetzt werden wird. Zweifelsohne wird es bald auch unschuldige Kinder treffen, denn es ist eines der großen Ziele und Wünsche der Schwulen- und Lesbenlobby, nicht nur heiraten zu dürfen und gleichberechtigt zu sein. Nein. Für eine perfekte homosexuelle Partnerschaft darf auch das Kinderglück und der „Nachwuchs“ nicht fehlen.

Umso erstaunlicher ist es zu beobachten, dass, je bizarrer eine Forderung ist, sie umso vehementer der Bevölkerung als „normal“ verkauft wird und von nahezu allen Systemparteien unterstützt wird.

Das Fluten Europas mit Afrikanern und Orientalen, die weder richtig lesen noch schreiben, geschweigedenn eine fundierte und qualifizierte Ausbildung vorweisen können, ist eines dieser grotesken Entwicklungen, die wir tagtäglich mitverfolgen dürfen und gegen die wir uns nicht wehren können. Und dies alles mit Blick auf unseren Sozialstaat, der schon lange keiner mehr ist.

So stehen für „Flüchtlinge“ zig Millionen aus Steuermitteln zur Verfügung, während immer mehr Menschen nicht mehr in der

Lage sind, ihre Familie zu ernähren, Rentner von ihrer Rente nicht leben können und gezwungen sind, Pfandflaschen zu sammeln, um überleben zu können – und nicht zuletzt die immer weiter zunehmende Kinderarmut, die von Jahr zu Jahr neue Rekordzahlen erreicht.

Nicht nur in Deutschland ist dies mittlerweile leider völlige Normalität. Unsere „Umweltpartei“, die Stasi-Nachfolger und „Sozialdemokraten“ sind hervorragende und willfährige Diener dieser Interessengruppen. Und auch im Ausland sind exakt die gleichen Muster erkennbar. So werden „alternative Lebensweisen“ gefördert und Toleranz eingefordert, während bestehende Normen gleichzeitig eben von den genannten Minderheiten vehement bekämpft werden.

Doch nicht nur das Gender Mainstreaming, die orientalische „Bereicherungs“kultur und die Perversion bestehender Werte und Normen terrorisieren die Völker Europas. Längst sind auch konservative Parteien auf den Zug aufgesprungen. Während man berechtigterweise von diesen Parteien erwarten würde, dass sie die bestehenden Werte und Normen schützen und bewahren würden, wie es auch der Terminus „konservativ“ besagt, so sind auch diese Parteien, die das bestehende soziale Gefüge schützen und bewahren sollen, längst nicht mehr das, für das sie einst standen. Vielfältigkeit und Buntheit sind das neue Motto, dem sich auch diese Parteien unterwerfen.

Die Bevölkerung wird zunehmend nicht nur sich selbst überlassen. Vielmehr noch. Sie wird bewusst verraten und verkauft. Menschen, die sich diesem Terrordiktat entgegensetzen, sehen sich mit verheerenden Konsequenzen konfrontiert, die oftmals ihre Existenz bedrohen.

Wohin geht also die Reise? Das aktuelle politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System steht auf einem Scheideweg. Kehren wir zur Normalität und zum Fortschritt zurück oder steuern wir auf einen Kollaps zu? Sollte es zu einem Kollaps kommen, stellt sich die Frage, was auf diesen

Kollaps folgen wird? Verfallen wir in eine bis dato nicht dagewesene Anarchie, die jegliche Normalität unter der Prämisse der „Vielfältigkeit und Buntheit“ bereits im Keim erstickt? Oder schlimmer noch: einen mit Waffen ausgetragenen Kulturkrieg auf gesamteuropäischem Boden, der die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts in den Schatten stellen wird. Beides Szenarien, die hoffentlich nicht eintreten werden; jedoch stehen die Zeichen auf eben eine dieser beiden Möglichkeiten.



IS filmt Todeskampf von Irakern unter Wasser



Bagdad/Mossul. Die

Islamisten-Miliz Islamischer Staat hat erneut ein Video veröffentlicht, das die Tötung von Gefangenen zeigt. Der Film zeigt, wie fünf Gefangene in der vom IS besetzten nordirakischen Stadt Mossul ertränkt werden – dabei kommen auch Unterwasser-Kameras zum Einsatz. *(Wie pervers und abgestumpft muss man sein, um den Todeskampf der Opfer auch*

noch mit Unterwasser-Kameras zu filmen? Fortsetzung des [Artikels auf zuerst.de](#))

Udo Ulfkotte: Neue Moscheen im Akkord



Nach Auffassung von Professor Gunnar Heinsohn, Fachmann für Bevölkerungsentwicklung, könnte es schon bis 2050 islamische Mehrheiten in Deutschland geben, weil mit zunehmender muslimischer Zuwanderung auch die Abwanderung der ethnischen Deutschen zunehmen wird. Es könnte also nach dieser Gelehrtenmeinung durchaus sein, dass auch wir Älteren die Einführung der Scharia in Deutschland noch erleben werden. Schon vor einigen Jahren schrieb Heinsohn: „Die Ethnodeutschen werden zur Minderheit, erst beim Nachwuchs und in einigen Jahrzehnten im ganzen Land.“ Lange, sehr lange haben wir das verdrängt.

(Auszug aus dem neuen Buch von Udo Ulfkotte „Mekka Deutschland“)

Man sieht das etwa an den Moscheebauten. Die erste deutsche Moschee wurde 1915, also mitten im Ersten Weltkrieg, für muslimische Kriegsgefangene in Wünsdorf bei Berlin errichtet. Der Holzbau wurde schon nach wenigen Jahren wieder abgerissen, weil es in Deutschland keine Muslime mehr gab. Die älteste noch erhaltene deutsche Moschee ist die 1928 errichtete Wilmersdorfer Moschee in Berlin. Mehr als drei Jahrzehnte lang wurden danach nicht eine Moschee gebaut, erst in den 1960er-Jahren gab es die ersten größeren Moscheebauten (etwa 1961

Imam Ali Moschee in Hamburg und 1964 die Bilal Moschee in Aachen). Eine Generation später kann heute keiner mehr verlässlich die genaue Zahl der Moscheen und islamischen Gebetshäuser in Deutschland zählen. Vor einem halben Jahrzehnt zählte der Spiegel etwa 3000, heute dürfte die Zahl weitaus höher sein. Wenn wir nur die städtebaulich markanten großen Moscheen mit sichtbarer typisch islamischer Architektur nehmen, dann lautete die Aufzählung solcher Moscheestandorte schon 2011 von Nord nach Süd:

Rendsburg, Kiel, Bremerhaven, Stade, Hamburg, Bremen, Stuhr, Nienburg, Osnabrück, Hannover, Peine, Wolfsburg, Berlin, Münster, Bielefeld, Salzgitter, Ahaus, Isselburg, Münster, Halle, Gelsenkirchen, Marl, Lünen, Beckum, Gladbeck, Hamm, Schwerte, Hagen, Iserlohn, Essen, Kamp-Lintfort, Duisburg, Ratingen, Grevenbroich, Bergheim, Baesweiler, Aachen, Moers, Mülheim, Neuss, Köln, Pulheim, Werl, Göttingen, Kassel, Meschede, Wülfrath, Leverkusen, Hilden, Düren, Hürth, Leverkusen, Wabern, Engelskirchen, Waldbröl, Stadtallendorf, Bergisch-Gladbach, Troisdorf, Wesseling, Königswinter, Niederkassel, Bonn, Koblenz, Usingen, Friedberg, Mörfelden-Walldorf, Usingen, Frankfurt, Offenbach, Wittlingen, Mainz, Rodgau, Karlstadt, Groß-Gerau, Riedstadt, Bensheim, Darmstadt, Weinheim, Heidelberg, Mannheim, Hockenheim, Mosbach, Wiesloch, Öhringen, Eppingen, Maulbronn, Heilbronn, Pforzheim, Pleidesheim, Weil der Stadt, Schorndorf, Sindelfingen, Sachsenheim, Lauingen, Ingolstadt, Dingolfing, Offenburg, Reutlingen, Nersingen, Gersthofen, Ehingen, Türkheim, München, Buggingen, Konstanz, Friedrichshafen, Ravensburg, Lindau und Penzberg.

Das war 2011. Die deutschsprachige Seite „Moscheesuche“ zeigte im März 2015 dann schon 2216 Moscheen im deutschsprachigen Raum, von denen 167 ein Minarett haben und mehr als 95 Prozent getrennte Bereiche für Männer und Frauen. Während Norditalien 2015 den Moscheebau mit Gesetzen und [extremen Auflagen stark einschränkte](#), bekommt in Deutschland jetzt jedes Dorf eine

Moschee. Und jede Kleinstadt. Wie das oberhessische Kirchhain. Da berichtete 2015 eine Lokalzeitung: „Es ist schon eine ganze Weile her, dass im Gasthaus zu den Linden das letzte Bierfass angestochen wurde. Wo sich einst fröhliche Zecher trafen, kommen künftig Muslime zum Gebet zusammen.“

2014 eröffnete das Klinikum Kassel einen islamischen Gebetsraum, im gleichen Jahr auch im Helios-Klinikum Wuppertal, im Klinikum Friedrichshafen, in der Aalener Ostalb-Klinik entstand 2015 nach Angaben der Heidenheimer Zeitung eine „Mini-Moschee“ (zuvor auch schon in den Mutlanger und Ellwanger Krankenhäusern). Das geht schon so seit etwa anderthalb Jahrzehnten, so heißt es auf der [Patientenseite des Stauferklinikums Schwäbisch Gmünd](#):

Muslimischer Gebetsraum: (...) So richtete das Stauferklinikum als erstes Krankenhaus in Baden-Württemberg im Jahr 2000 einen Gebetsraum für Muslime ein. (...) Der Mescid ist stets geöffnet, um die Gläubigen zum Gebet einzuladen.

2015 eröffnete das Hanauer Klinikum zwei weitere Räume für das „Gebet gen Mekka“, natürlich gibt es im christlichen Klinikum Melle jetzt auch einen islamischen Gebetsraum – und das Marienhospital in Osnabrück zog nach. Das alles hat angeblich nichts mit Islamisierung zu tun. Das christliche Marienhospital, dessen Wappen das christliche Kreuz ziert, ist vielmehr stolz darauf, dass man tausende Euro für den islamischen Gebetsraum aufgewendet hat, der mit Versen aus dem Koran von Imam Kemal Salihovic eingeweiht wurde. Wir merken offenbar nicht, was da in aller Stille passiert. Oder wir wollen es nicht wahrnehmen. Von Heidelberg bis Offenbach, von Leverkusen bis Schwäbisch Gmünd, von Duisburg bis Schorndorf entstehen kleine Moscheen in unseren Krankenhäusern. Und das hat nichts mit Islamisierung zu tun? Wenn Kliniken so geplant werden, dass sie mit dem islamischen Leben konform gehen und selbst die Teppichstreifen gen Mekka ausgerichtet werden, dann nennen wir das heute „gelebte Toleranz“.

Im Jahr 2008 nannte der Spiegel die Minarette von Moscheen in Deutschland noch „Lanzen der Eroberer“ (in der Titelgeschichte „Allah im Abendland“), heute wäre das ein undenkbarer Affront, weil solche Wörter ganz sicher den Islam „beleidigen“ würden. Wir verbeugen uns vor dem Islam.

In Hamburg gibt es heute nach einem Bericht vom März 2015 mehr Moscheen als katholische Kirchen. Und was fordert der Hamburger Oberbaudirektor: „Hamburg braucht mehr repräsentative Moscheen“. Hinzu kommen bundesweit tausende Hinterhofmoscheen. Und Moscheen oder islamische Gebetsräume in Kaufhäusern und Einkaufszentren. Wie es in diesen Moschee aussieht, beschrieb das Hamburger Abendblatt im Oktober 2014 unter der Überschrift „Putzfrau entdeckt in St. Georg Waffenarsenal“:

In einem Haus am Steindamm, in dem unter anderem ein kurdisches Kulturzentrum und eine Moschee untergebracht sind, hat eine Reinigungskraft ein Waffenarsenal im Treppenhaus gefunden und zur Polizei gebracht. Eine Machete, Schlagstöcke und andere Waffen waren dort offenbar für einen schnellen Zugriff deponiert worden.

Der österreichische Politikwissenschaftler Andreas Unterberger, lange Zeit Chefredakteur der Wiener Zeitung und des Blattes Die Presse, schrieb 2014 zu ähnlichen Beobachtungen in Österreich:

„In Wiener Moscheen tragen junge Männer militärische Kleidung. Kürzlich haben Kollegen festgestellt, dass nach einem Freitagsgebet 100 von 120 Männern mit Messern bewaffnet waren“, sagt der Verfassungsschützer.

Das gleiche Bild auch im Februar 2015 in Bremen. Die Polizei durchsuchte eine Moschee wegen des Verdachts, dass dort mit Maschinenpistolen gehandelt werde. Um die Muslime bloß nicht zu „beleidigen“, warten die Einsatzkräfte sogar eine

Gebetspause ab. Weil einige Personen kurzfristig während der Durchsuchung mit Handfesseln ruhig gestellt wurden, gab es hinterher einen Riesenärger mit islamischen Verbänden.

In Berlin-Kreuzberg gehört zum Einkaufszentrum an der Wiener Straße jetzt selbstverständlich auch eine Moschee. Auch Duisburg-Hüttenheim hat im neuen Einkaufszentrum eine Moschee. Und wenn es nicht gleich eine Moschee ist, dann zumindest ein islamischer Gebetsraum. In Deutschland war das Designer Outlet „Ingolstadt Village“ Vorreiter auf diesem Gebiet. 2014 folgten die „Riem-Arcaden“ in München-Riem. In der Riemer Stadtteilzeitung „Take off!“ heißt es in der Ausgabe Juli/September 2014 auf Seite 37: „In den neu gestalteten Riem Arcaden wird ein Raum der Ruhe und für die zahlreichen muslimischen Kunden auch ein Gebetsraum errichtet.“ Und auf der gleichen Seite des Mitteilungsblattes werden auch noch Koranlesungen für Kinder angeboten: „Die Kinder sollen den gnadenreichen Koran fließend lesen können und die wichtigsten Suren auswendig lernen. (...) Das Kinder-Koran-Lesen für Kinder von 3–6 Jahren findet ab dem 6. September 2014 statt.“ In Österreich bietet neuerdings das „Salzburger Outlet“ einen Gebetsraum für Muslime an. Und seit August 2014 hat auch das Zürcher Edelkaufhaus „Jelmolie“ einen islamischen Gebetsraum. Ein Schweizer Portal berichtet:

Laut der Jelmoli-Sprecherin Barbara Kallenberg befinden sich zurzeit sehr viele arabische Touristen in der Stadt. Tatsächlich ist der Fastenmonat Ramadan, in dem Muslime normalerweise auf Reisen verzichten, seit Ende Juli beendet. «Vergangene Woche haben wir beobachtet, dass einige Gäste ihr Gebet an verschiedenen Orten in unserem Haus zelebriert haben.» Man habe sich deshalb entschieden, einen Raum anzubieten, in den sich die Kunden zurückziehen könnten, sagt sie (...).

Im Mai 2015 eröffnete in Stuttgart die erste Moschee mit Minarett, ein paar Monate zuvor mit Muezzin-Ruf in Duisburg-

Hüttenheim, eine weitere in Dortmund-Hörde, ihn Ulm oder im kleinen Alfter-Witterschlick. Und wenn die Moscheen noch kein Minarett haben, dann kommt irgendwann ganz sicher eines dazu – so etwa im Oktober 2014 an der Moschee in München-Neufahrn.

Zu Lebzeiten des 632 nach Christus verstorbenen Islam-Erfinders Mohammed hat es nirgendwo in der heute islamischen Welt auch nur ein Minarett gegeben. Heute behaupten Muslime, eine Moschee brauche ein Minarett. Doch Mohammed hat in seinem ganzen Leben nicht ein Minarett gesehen. Das Wort »Minarett« bedeutet übersetzt »Leuchtturm«. Und in den ersten Jahrhunderten des Islam (nach Mohammeds Tod) wurden in neu dem Islam unterworfenen Gebieten Leuchttürme errichtet, von denen aus man eroberte Gebiete bewachte. Sie dienten zugleich mit ihrem nächtlichem Feuerschein auch den Karawanen als Signaltürme. Später haben die Wächter von diesen Türmen, auf denen nachts Fackeln brannten, dann im Morgengrauen auch die Menschen mit Rufen geweckt. Das Minarett hat also nichts mit dem reinen Islam, sondern vielmehr mit der Eroberung neuer Gebiete für den Islam zu tun. Für gläubige, friedfertige Muslime verkörpert ein neu errichtetes Minarett heute die Stein gewordene Überzeugung, dass man in einem dem Islam unterworfenen Gebiet lebt – auch wenn ein Teil der nichtmuslimischen Bewohner das noch nicht mitbekommen haben mag. Minarette sind nüchtern betrachtet nichts anderes als Siegestäulen des Islam.

Bestellinformation:

» Udo Ulfkotte: [Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung](#)
(19,95 €)



Düsseldorf: Alko-Migrant tötet Studenten

☒ Maximilian (kl.Foto re.) wurde nur 21 Jahre alt, weil eine polizeibekannte betrunkene Bereicherung (kl.Foto li.) ihn totgefahren hat. Der Raser ist erst 18 Jahre alt, aber schon seit seiner Kindheit immer wieder straffällig. Beim Amtsgericht Düsseldorf ist u.a. eine Raubanklage aus dem Jahre 2013 anhängig. Seit zwei Monaten hatte er seinen Führerschein. [Laut Polizeibericht](#) verlor er mit seinem Opel Vectra an der Kreuzung Altenbrückstraße in Düsseldorf die Herrschaft über sein Auto und raste in die dortige Haltestelle, wo der 21-jährige Student um etwa 1.45 Uhr auf den Bus nach Hause wartete.

(Von L.S.Gabriel)

Der PKW kollidierte mit einem Kaugummiautomaten, dem Haltestellenschild und krachte in das Wartehäuschen. Maximilian erlag noch an der Unfallstelle seinen schweren Verletzungen. Der Todesraser kam, ebenso wie sein 17-jähriger Beifahrer, mit ein paar Schrammen davon. Eine Blutprobe ergab 1 Promille Alkohol im Blut.

Die [BILD zitiert](#) die jammernde Mutter der Verbrecherfachkraft: „Ihm geht es nicht gut, er hat sich im Bett verkrochen.“ Dennoch muss er aber wohl nun mit einem Verfahren wegen fahrlässiger Tötung rechnen. Den Eltern und der Freundin des toten Maximilian wird vermutlich auch eine Verurteilung

bestenfalls ein wenig Genugtuung bringen.

In bestimmten Fällen wird derartiges aber wohl künftig auch etwas schwerer werden, denn wenn es [nach dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof](#) geht, sollen ab sofort auch illegale Eindringlinge ohne Papiere aus ihrem Heimatland in Deutschland den Führerschein machen dürfen, es reichten nämlich die (erfundenen) Angaben bei der Ausländerbehörde, so ein aktuelles Urteil. Da wird es dann auch gleich noch einfacher für so einen möglichen künftigen Totraser, sich der rechtlichen Konsequenzen für seine Tat bei uns zu entziehen.

In diesem Trümmerhaufen starb Maximilian:



Rückschlag für Lucke: AfD

verbietet „Weckruf“



Der vom AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke initiierte Verein Weckruf 2015 muss aufgelöst werden. Das hat nach Angaben von Parteisprecher Christian Lüth das Bundesschiedsgericht

der Alternative für Deutschland entschieden. Das Gericht urteilte, in dem Papier sollten Richtungsentscheidungen vorgenommen werden, die allein einem Bundesparteitag vorbehalten seien. Im Machtkampf innerhalb der AfD ist die Entscheidung ein Rückschlag für Lucke. In dem Weckruf wollte Lucke seine Anhänger versammeln und Druck auf seine parteiinternen Gegner um Co-Chefin Frauke Petry ausüben. (Quelle: [ZEIT](#))

Bonn: Geburtendschihad zeigt Wirkung



Laut neuester Statistik hat gut ein Drittel aller Bonner Schüler einen „Migrationshintergrund“. Dass dieser Hintergrund überwiegend muslimisch ist, ist nicht mehr zu übersehen, und zwar nicht nur auf den Straßen, sondern ganz besonders auch in den Schulen.

(Von Verena B., Bonn)

So weist die Gotenschule (städtische Gemeinschaftsgrundschule) im Bad Godesberger Stadtteil Plittersdorf mit fast 64 Prozent im Vergleich zu den umliegenden Schulen einen sehr viel höheren Prozentsatz an Kindern „mit Migrationshintergrund“ auf, kein Wunder, da die Gotenstraße inzwischen überwiegend von der Schleier-/Hidschab-/[Kopftuch- Gegengesellschaft beherrscht](#) wird. Das liege wohl daran, dass die meisten Muslime des Quartiers die Bedingungen der katholischen Nachbarschaftsschulen nicht unterschreiben wollen, vermutet Schulleiterin Sabine Kütten. Kütten und ihr engagiertes Team beklagen das jedoch keinesfalls. „Wir sehen unsere Vielfalt als Chance, als Bereicherung“, sagt sie. Daran müsse man aber natürlich auch hart arbeiten und auf die Familien zugehen, fügt sie dann noch ernst hinzu.

Der [General-Anzeiger](#) berichtet weiter:

Das muss man andernorts noch stärker. Denn in Bonn gibt es Schulklassen, in denen sitzen nach GA-Informationen sogar gut

85 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund – und in anderen glatte null Prozent. Es gibt Stadtteile, da besuchen fast 50 Prozent Schüler mit Zuwanderungsgeschichte ein städtisches und, nur ein paar Hundert Meter davon entfernt, weit unter einem Prozent von ihnen ein Privatgymnasium.

Ein anderes Beispiel: Nur ein paar Straßen trennen zwei Grundschulen, in denen hier 74 Prozent und dort nur 27 Prozent Migrantenkinder lernen. Das alles hat der Landesbetrieb Information und Technik (IT) NRW in seiner neuesten Schülerstatistik 2014/2015 ermittelt, die nicht öffentlich ist, „damit nicht Rückschlüsse auf Personen gezogen werden können“, so das Presseamt.

Die detaillierten Zahlen sind Grundlage eines Antrags, mit dem die Jamaika-Koalition im Schulausschuss für „eine ausgewogenere Schülerverteilung“ eintritt. „Für eine gelingende Inklusion sind diese Extrema in der Verteilung negativ“, so urteilen CDU, FDP und Grüne einstimmig. Der SPD, der Linken und dem Bürger Bund Bonn ging der Antrag jedoch nicht weit genug. Die Opposition enthielt sich somit der ansonsten einstimmigen Abstimmung.

Die Koalition will nun die Verwaltung beauftragen, bei allen Schulen, die weniger als 20 Prozent oder mehr als 60 Prozent Migrantenkinder betreuen, zu hinterfragen, „wie sich die Werte ergeben und welche Überlegungen angestellt werden, um diese Situation zu ändern“.

Wobei, das muss angemerkt werden, der Begriff „Schüler mit Zuwanderungsgeschichte“ in der Statistik weit gefasst ist: Er schließt sowohl die aus dem Ausland neu Zugewanderten wie im weitesten Sinne auch diejenigen mit nur einem Elternteil, das nicht in Deutschland geboren wurde, ein. Man wolle erreichen, dass die Lasten gerechter verteilt werden, erläutert Peter A. Spyra, CDU, den Antrag auf GA-Anfrage. „Natürlich geht das nur dann, wenn die Schulen auf diesem Weg mitgenommen werden und sie überzeugt sind, dass Migration eine Bereicherung

darstellt. Hierzu können Politik und Verwaltung beitragen.“ Die Koalition wolle aus den Zahlen Konzepte entwickeln und auch mit den Eltern, die die Schulwahl vornehmen, ins Gespräch kommen.

Die Schulausschussvorsitzende Dorothee Paß-Weingartz (Grüne) reagiert ebenso betroffen: Schulen nähmen vor allem stadtteilbedingt, manche auch aus Überzeugung bis zu 85 Prozent Kinder mit Migrationshintergrund auf, „und andere lehnen sich vornehm zurück und sind dann Zielschulen für das Bildungsbürgertum oder für die, die sich dafür halten.“ Aber gerade in einer internationalen Stadt mit der Zukunftsaufgabe, Flüchtlinge weiter zu integrieren, müsse Integration durch Bildung eine Aufgabe für alle Bonner Schulen sein.

Auf das doch bindende Prinzip ausgewogener Klassenzusammensetzungen weist auch Ulrich Meier für die Stadtschulpflegschaft hin. Den Antrag der Koalition sieht er aber skeptisch. „Das ist ein zu einfacher Lösungsansatz. Er wird der Komplexität des Problems nicht gerecht.“ Vor allem müssten Konzepte und stützende Maßnahmen her.

Im Kommentar zu ihrem Artikel schlägt die ansonsten stets linientreue Redakteurin Ebba Hagenberg-Miliu auf einmal zaghaft ziemlich populistische Töne an:

[...] Darüber, wo Schüler unterrichtet werden, entscheiden von Rechts wegen auch weiterhin die Rektoren. Und das ist auch gut so. Dass sich derzeit jedoch von den 36.604 Bonner Schülern die 13.613 Kinder mit Zuwanderungsgeschichte derart geballt nur in bestimmten Schulen tummeln, wie es die Statistik aufzeigt, sollte die Alarmglocken läuten lassen. Auch wenn es einige Leiter wie die Gotenschulrektorin gibt, die ihren hohen Migrantenteil als positive Herausforderung, ja als Bereicherung annehmen.

Der Antrag der Jamaika-Ratskoalition ist auf jeden Fall ein

Fortschritt. Auch in die Richtung, ernsthaft zu diskutieren, ob in Bonn allgemeinbildende Schulen mit zu 85 Prozent, oder selbst – wie man hört – Klassen mit bis zu 100 Prozent Migrantenteil weiter geduldet werden sollten. Und das vor einem Hintergrund, dass nur ein paar Blocks weiter fast ausschließlich Gleichaltrige aus Elternhäusern ohne Zuwanderungshintergrund miteinander lernen und aufwachsen. Sozialer Zündstoff ist da programmiert.

Ja ... aber, dürfte jetzt argumentiert werden: Was will man denn daran ändern, dass sich die meisten Eltern mit (muslimischem) Hintergrund genau für die integrationserfahrenen Schulen entscheiden und für Einrichtungen, die möglichst wohnortnah liegen? Dass nicht wenige muslimische Eltern christliche Schulen meiden und Familien mit kleinem Geldbeutel Privatschulen? Alle diese Argumente stechen. Das Thema ist komplex.

Ja, Frau Hagenberg-Miliu, das Thema ist in der Tat komplex. Inzwischen scheint selbst Ihnen aufgefallen zu sein, dass die weitgehend problemlos funktionierende multikulturelle Gesellschaft einer nichts als Probleme schaffenden monokulturell islamischen Gegengesellschaft gewichen ist. Nun ist es Aufgabe der Politik, die verfassungsfeindlichen Geister, die sie freudig rief, zu „integrieren“ und muslimischem Rassismus gegenüber Deutschen und Juden wirksam entgegenzutreten, der vor allem auch in den Schulen anzutreffen ist. Darüber haben Sie allerdings noch nie etwas berichtet.

Inzwischen zeigt es sich aber, dass es wesentlich einfacher ist, die doofen Deutschen zwangsweise und per Gesetz in die ständig wachsende islamische Gesellschaft zu integrieren. Und eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr, als dass ein Korangläubiger wieder in sein Heimatland zurückkehrt, wo er sich viel wohler fühlen würde als im „verdorbenen Westen“. Er ist gekommen, um zu bleiben, denn wie sagte doch der ehemalige

türkische Regierungschef Sulayman Demirel seinerzeit zu Helmut Schmidt: „Bis zum Ende des Jahrhunderts müssen wir noch 15 Millionen Türken nach Deutschland exportieren“. Der Sozialdemokrat wehrte ab: „Das wird nicht stattfinden, das werden wir nicht zulassen“. Doch Demirel beharrte: „Warten Sie mal ab. Wir produzieren die Kinder, und ihr werdet sie aufnehmen“. (Wochenzeitung „Die Zeit“, Heft „Zeit-Punkte“, Nr. 1/1993)

Merke: Es findet keine Islamisierung statt! Wer das behauptet, ist ein rechtsextremer Nazi!



Tunesien nimmt seine Kriminellen nicht zurück



Eine kleine Anfrage der AfD-Fraktion ergab, dass sich 499 mehrfach straffällige Intensivtäter unter den Asylbewerbern in Sachsen aufhalten. Diese können laut Innenminister Ulbig

nicht abgeschoben werden, weil ihr Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist oder ihre Heimatländer, wie z.B. Tunesien, wo 193 der Schwerkriminellen herkommen, diese nicht wieder einreisen lassen.

Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Sebastian Wippel: „Deutschland wird zum Tummelplatz für Schwerkriminelle aus der ganzen Welt! Wenn sich diese Bankrotterklärung des Rechtsstaates herumspricht, werden weitere Verbrecher ins Land kommen, Asylanträge stellen und jahrelang ungestraft ihrem kriminellen ‚Handwerk‘ nachgehen. Jeder Staat der Welt, der seine Gefängnisse leeren will, könnte Kriminellen Flugtickets nach Deutschland in die Hand drücken und bei Rückkehr oder Abschiebung die Wiedereinreise verweigern.“

(Auszug aus einer Pressemitteilung der [AfD-Fraktion Sachsen](#))

Das Auswärtige Amt beschreibt die Beziehungen zwischen Deutschland und Tunesien [wie folgt](#):

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Tunesien sind intensiv und zukunftsfähig. Seit der tunesischen Revolution zeigen beide Länder deutliches Interesse und viel Initiative für eine weitere Intensivierung. Deutschland ist (nach Frankreich und Italien) der drittgrößte Handelspartner und ausländische Investor in Tunesien. Gegenwärtig sind nach Angaben der Deutsch-Tunesischen Industrie- und Handelskammer rund 250 meist exportorientierte Unternehmen in Tunesien aktiv, die insgesamt 50.000 Arbeitskräfte beschäftigen.

...

Auch in der Entwicklungszusammenarbeit ist Deutschland einer der wichtigsten bilateralen Partner Tunesiens. Seit Beginn der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit in den sechziger Jahren hat Tunesien aus Deutschland Entwicklungshilfe in Höhe von über 1,5 Milliarden Euro erhalten. Die Neuzusagen für 2013 beliefen sich auf 151,5 Millionen Euro.

Gibt es irgendeinen nachvollziehbaren Grund, warum man sich von Tunesien auf der Nase herumtanzen lässt? Eventuell kann die tunesische Botschaft in Berlin hierzu Auskunft geben. Für höfliche und sachliche Anfragen stehen nachfolgende [Kontaktmöglichkeiten](#) zur Verfügung:

Botschaft der Tunesischen Republik

Lindenallee 16

14050 Berlin

Telefon: 0 30 – 364 10 70

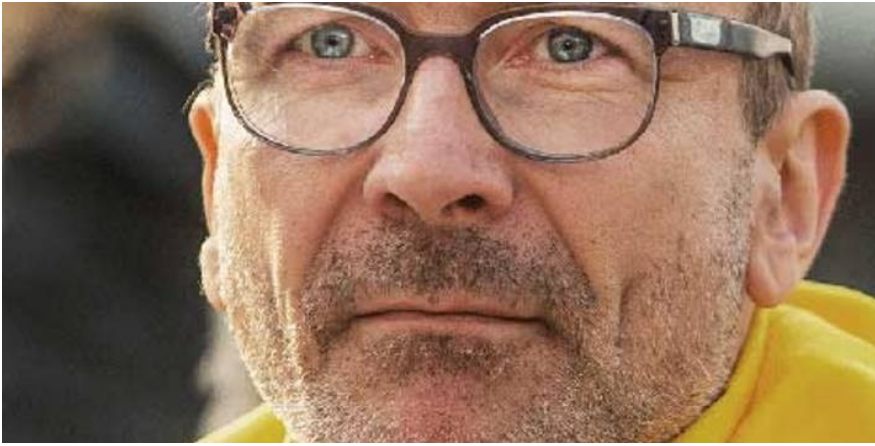
Fax: 0 30 – 308 206 83

E-Mail: at.berlin@tunesien.tn

Tunesien ist übrigens nicht das einzige Land, das seine Kriminellen nicht zurücknimmt. Auch die Türkei bürgert gerne vor möglichen Abschiebungen seine Bürger aus, so dass diese dann weiterhin Deutschland bereichern, wie im nachfolgenden Video seitens der Behörden bestätigt wird.



**Zentralrat der Juden ehrt
grünen Päderastenfreund
Volker Beck**



Der grüne

Bundestagsabgeordnete und Homo-Aktivist Volker Beck soll mit dem Leo-Baeck-Preis des Zentralrats der Juden in Deutschland geehrt werden. Wie die jüdische Dachorganisation mitteilte, habe man einstimmig beschlossen, Beck im November mit dem mit 10.000 Euro [dotierten Preis auszuzeichnen](#). Wer das mit dem Pädosexuellen-Freund Beck nicht glaubt, einfach „Volker Beck“ und „Kinderficker“ oder ähnliche Begriffe in Google eingeben [und schon wird man](#) fündig!